

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 32. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

---

|                        |   |
|------------------------|---|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Mittwoch, 20.05.2009                              |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 17:30 Uhr   |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 21:00 Uhr   |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Sitzungssaal 226 |

---

#### Anwesend sind:

|                             |           |
|-----------------------------|-----------|
| Frau David, Annette         | SPD       |
| Herr Koch, Thomas           | SPD       |
| Herr Neuhaus, Lars          | SPD       |
| Frau Hilse, Claudia         | CDU       |
| Herr Kiske, Heinz           | CDU       |
| Herr Dr. Schulze, Dieter    | CDU       |
| Herr Bertermann, Frank      | Grüne     |
| Herr Jaath, Jörn            | Grüne     |
| Herr Diedrich, Sven         | Die Linke |
| Herr Pawlowski, Peter       | FDP       |
| Herr Bausch, Martin         | Grüne     |
| Herr Dr. Schumann, Wolfgang | Die Linke |
| Herr Bhaduri, Debasish      | FDP       |

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

#### Nichtöffentlicher Teil

#### **zu 1 Liste der Bauanträge und Baugenehmigungen**

Frau Lier erläutert anhand von Plänen die vorab gestellten Fragen der Ausschussmitglieder. Antworten zu den Nachfragen von Herrn Jaath zur Baugenehmigung Große Hamburger Straße 17 werden schriftlich vom BA nachgereicht. Bezüglich der zunehmenden Spielhallenproblematik wurde auf Anregung von Herrn Gothe festgestellt, dass sich hiermit auch der Wirtschaftsausschuss unter Beteiligung eines Vertreters der Spielautomatenindustrie (Herr Lamprecht) befassen sollte.

#### **zu 2 Information zum Stand der Haushaltsdurchführung Kapitel 4610 / Titel 893 31 und 893 39 Halbjahresbericht 2009 & Aktuelle Liste**

Da vorab kein Informationsbedarf der Ausschussmitglieder signalisiert wurde, entfällt der TOP.

## Öffentlicher Teil

### **zu 3 Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **zu 4 Genehmigung des Protokolls der 31. Sitzung vom 29.04.2009**

Herr Koch bittet um folgende Änderung zum TOP 7.3 (B-Plan I-43 „Banane“):

*Herr Koch teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion gegen eine **zwingende** Wohnrealisierung an dieser Stelle ausspricht,...*

Ferner bittet er darum, den Satz *...Er verweist auf frühere Diskussionen im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung der Bebauung um die Karl-Marx-Allee, in dessen Ergebnis sich die dortigen Bewohner/innen für den Abriss von Wohnungen ausgesprochen hätten.* gänzlich zu streichen.

Herr Gothe bittet um folgende Änderung zum TOP 7.4 (B-Plan I-45 VE):

Der Satz *...Zur Siemensstraße wird eine Lärmschutzwand erstellt.* wird gestrichen und ersetzt durch: **Der Großmarkt wirkt auch als Lärmschutz vor den Verkehrsemissionen der geplanten Straße.**

Das Protokoll wird mit diesen Änderungen genehmigt.

### **zu 5 Aktuelle Viertelstunde**

SPD-Fraktion: keine Nachfrage

CDU-Fraktion: keine Nachfrage

Fraktion Bündnis 90/Grünen:

Herr Jaath bezieht sich auf die Linienstraße 216 und teilt dazu mit, dass dort aktuell Gebäude abgerissen werden. Er bittet um Informationen dazu.

Frau Laduch erläutert, dass dort ein Wohnungsbau entstehen wird. Die Gebäudeteile (z. B. Gewerbegebäude), die momentan abgerissen werden, dienen der Baufreimachung. Herr Jaath legt dar, dass er davon ausgeht, dass die Spandauer Vorstadt ein Flächendenkmal darstellt. Er fragt nach, ob im Rahmen des Abrisses ein Antrag gestellt wurde und ob dieser einer Prüfung unterlag. Er weist darauf hin, dass die beantragten Gebäudeabrisse in der Bauantrag/genehmigungsliste hätten erscheinen müssen. Er bittet um Erklärung.

Herr Gothe teilt mit, dass er diesen Sachverhalt bis zur nächsten Ausschusssitzung aufklären wird und die Informationen nachreicht. Er stimmt zu, dass dieser Abriss in der Liste vermerkt sein müsste. Herr Gothe erklärt, dass in der Liste allerdings nur die Vorgänge der Bauaufsicht aufgeführt sind, d.h. die Beantragung eines Abrisses in einem Flächendenkmal ist ein Vorgang, der von der unteren Denkmalschutzbehörde beschieden werden muss, somit würde dieser Vorgang nicht in der Liste erscheinen.

Herr Bertermann regt an, auch diese Vorgänge eines Flächendenkmals zukünftig in die Liste mit aufzunehmen. Frau Laduch führt dazu aus, dass die Denkmalliste nicht mit der Bauaufsichtsliste zusammengeführt werden kann.

Herr Bertermann bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die Denkmalliste dem Ausschuss ebenfalls zur Verfügung gestellt werden kann. Herr Gothe sagt zu.

Fraktion Die Linke: keine Nachfrage

FDP-Fraktion: keine Nachfrage



hat sich in dieser Woche mit dem Thema beschäftigt, welches Büro den Auftrag erhalten soll. Es liegt noch kein Ergebnis vor, da es nur eine Bewerbung für die Turmstraße gab, drei Bewerbungen liegen für die Müllerstraße vor. Frau Laduch erklärt, dass diese drei Bewerbungen mit vielen Schwierigkeiten behaftet sind, die Auswahl fällt sehr schwer. Insofern wird es eine Entscheidung in Abstimmung mit der Senatsverwaltung geben, ob eine neue Ausschreibung erfolgen muss oder ob man eines dieser Büros auswählt. Zeitgleich wird der Bezirk einen Projektsteuerer für das Programm Aktive Zentren (einmal für die Turmstraße und einmal für die Müllerstraße) ausschreiben, um die Projekte, die angelaufen und umzusetzen sind, vorzubereiten und bis zum Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen auch umsetzen zu können.

Herr Lange erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Herr Koch ist der Ansicht, dass weniger ein Straßenmanagement als eine Eigentümerberatung notwendig ist, da in diesen Straßen eine Eigentümerstruktur vorherrscht, die schwer erreichbar ist und hohe Informationsdefizite aufweist. Er hält es für dringend geboten, „Leuchtturmprojekte“ umzusetzen, da dadurch z. B. Leerstände beseitigt werden können.

Herr Gothe führt dazu aus, dass man schon im Vorfeld der Bewerbungen versucht hat, die Eigentümer einzubeziehen. Dies wurde mit jeweils zwei Vorort-Veranstaltungen realisiert. Erfahrungsgemäß ist es so, dass es sehr schwierig ist, die Eigentümer zu einem Engagement zu aktivieren.

Auf Nachfrage von Herrn Pawlowski führt Herr Gothe aus, dass die Thematik zum Otopark (Planungstitel: Centralpark) ausführlich im Umweltausschuss vorgestellt wurde. Der Park ist geschlossen und vom Verkehr abgeschnitten, dies stellt ein erhebliches Defizit dar und hat eine Undurchlässigkeit zur Folge. Deshalb erscheinen die Turmstraße und die Straße Alt-Moabit sehr weit auseinander. Die Straße Alt-Moabit stellt eine Grenze zwischen einem reicheren und ärmeren Stadtteil dar. Man versucht, die beiden Teile stärker aneinander anzubinden. 2010 soll mit der Umsetzung begonnen werden. Die Finanzmittel sind für einzelne Programmjahre zugeteilt und müssen auch jeweils ausgegeben werden.

Herr Bausch ist der Ansicht, dass die Entwicklung der beiden Gebiete auch mit der Veränderung der sozialen Mischung in der Stadt Berlin zusammenhängt. Er bezieht sich auf die Kaufkraft der Gebiete und weist auf die Problematik hin, dass der Gebrauch von einem öffentlichen Straßenraum (wie z.B. Müller- oder Turmstraße) immer mehr mit der Aufenthaltsqualität der Einkaufszentren konkurriert. Er legt dar, dass in den umliegenden Stadtteilen die Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen erhöht wurde (z.B. in Moabit durch Straßencafés in den Seitenstraßen usw.), dadurch haben diese Gebiete eine kleine sozialräumliche Aufwertung erfahren, gegen die die Turmstraße nicht bestehen kann. Er unterstützt die Idee von „Leuchtturmprojekten“.

Herr Bausch führt weiter aus, dass die sozialaktiven Teile der Bevölkerung die Wertigkeit der Straßen erkennen und erhöhen könnten, wenn die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser beiden Aktiven Zentren weiterhin eine gute Entwicklung nimmt. Herr Bausch wirbt deshalb dafür, die Stadtteilöffentlichkeit gezielt und professionell anzusprechen.

Herr Diedrich bezieht sich auf die Eigentümerproblematik und fragt nach, was der Bezirk den privaten Eigentümern im Zuge einer Beratung anbieten kann.

Herr Gothe antwortet, dass nicht nur das Programm -Aktive Zentren- realisiert wird, sondern zusätzlich Voruntersuchungen für neue Sanierungsgebiete in diesem Gebiet durchgeführt werden. Wenn diese Sanierungsgebiete realisiert werden, erfolgen Steuerbegünstigungen für Eigentümer durch das Sanierungsrecht. Man geht davon aus, dass dies für die Eigentümer ein erheblicher Anreiz ist, über eine Aufwertung einer Immobilie nachzudenken. Er hält es für zwingend erforderlich, die Konkurrenzfähigkeit der Einkaufsstraßen gegenüber den Shoppingcentern zu stärken. Hierfür sind u. a. Imagekampagnen notwendig.

Auf eine Nachfrage von Frau Hilse erklärt Herr Gothe, dass das Verfahren in beiden Straßen (Müllerstraße und Turmstraße) parallel verläuft. Zum einem werden

Voruntersuchung für Sanierungsgebiete durchgeführt. Die Beauftragung der Voruntersuchung erfolgt durch SenStadt. Ziel dabei ist es, dass die Büros für die beiden Voruntersuchungsgebiete im Juni ausgesucht sind und ihre Arbeit beginnen (für die Dauer eines Jahres). Parallel dazu wird für beide Gebiete durch den Bezirk jeweils ein Gebietsbeauftragter ausgeschrieben, dieser soll seine Arbeit im Juli 2009 beginnen. Der Gebietsbeauftragte hat mehrere Leistungspakete (Organisation der Bürgerbeteiligung, Geschäftsstraßenmanagement, Projektbetreuung insgesamt, Organisation eines Rahmenplans, Betreuung von Konzeptarbeiten von Teilprojekten, Betreuung von sanierungsspezifischen Aufgaben) abzudecken. Die sanierungsspezifischen Aufgaben werden natürlich erst dann zugeteilt, wenn das Ergebnis der Voruntersuchung erfolgreich ist.

Herr Bertermann fragt nach, ob dem Ausschuss die Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt werden könnten. Frau Laduch bejaht.

Ein Vertreter der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez, Herr Schneider-Bodenbender, fragt nach, wann die Anwohner in das Verfahren mit einbezogen werden und ist der Ansicht, dass man hierfür nicht bis zur Auswahl eines Gebietsbeauftragten warten sollte. Er fragt nach einer konkreten Zeitschiene.

Herr Gothe antwortet, dass, nachdem der Gebietsbeauftragte ausgewählt wurde, die Bürgerbeteiligung sehr schnell angegangen werden soll. Sobald das Büro für die Voruntersuchungen und für den Gebietsbeauftragten feststeht, soll die Diskussion zur Organisation der Bürgerbeteiligung beginnen. In diese Diskussion sollen die Initiativen mit einbezogen werden. Es wird eine umfangreiche und vielschichtige Art von Bürgerbeteiligung geben, weil die Städtebauförderung –Sanierungsgebiet- und die Städtebauförderung -Aktive Zentren- in der Philosophie so angelegt sind, dass eine Bürgerbeteiligung stattfinden muss.

Herr Koch spricht seine Freude darüber aus, dass in beiden Stadtteilen eine Bürgerbeteiligung angestrebt wird. Er legt dar, dass man jedes Instrument nutzen sollte, um Bürger vor Ort zu mobilisieren und anzuregen, sich ihrem Stadtteil anzunehmen. Alle Ressourcen, wie bestehende Bürgerinitiativen, Betroffenenvertretungen und sonstige Kiezakteure sollen einbezogen werden. Die Bewohner sollen die Chance bekommen, sich mit ihrem Kiez zu identifizieren. Er verweist auf ein „Leuchtturmprojekt“ im Neuköllner Rollbergviertel, in dem es keinen Leerstand gibt.

Herr Gothe legt dar, dass bei der Bürgerbeteiligung vielschichtige Angebote unterbreitet werden sollten, welche ortsbezogenen oder thematisch sind.

Herr Koch plädiert erneut für die Eigentümerberatung, der Bezirk sollte offensiv klassische betriebswirtschaftliche Beratungen anbieten, um die Geschäftsstraßensituation aufzuwerten.

Herr Gothe lässt den Einsatz von Wirtschaftsprüfern im weiteren Verfahren prüfen.

Frau David bezieht sich auf die Frage von Herr Schneider-Bodenbender und führt dazu aus, dass ein BVV-Beschluss existiert, welcher eindeutig besagt, dass die Betroffenenvertretung auch bei den Voruntersuchungen eingerichtet wird. Sie geht davon aus, dass dies entsprechend erfolgt. Da das Verfahren im Juni 2009 beginnen soll, soll die Betroffenenvertretung auch im Juni konstruiert werden.

Frau Hilse fragt nach, wie sich die Haushaltssperre auf das Verfahren auswirkt.

Herr Gothe antwortet, dass die Mittel vom Senat zur Haushaltsdurchführung an den Bezirk weitergereicht werden, somit unterliegen diese nicht der Haushaltssperre. Ferner bittet sie um Informationen zur Ausschreibung des Gebietsbeauftragten für das Programm -Aktive Zentren-.

Auf Nachfrage von Herrn Schumann teilt Herr Gothe mit, dass die beiden Gebietsbeauftragten mit 80.000 Euro pro Jahr ausgestattet sind. Dazu kommen, je nach Jahresprogramm, einzelne Unterprojekte, die ebenfalls mit Mitteln untersetzt sind (pro Gebiet ca. 1 Mio. Euro pro Jahr über acht Jahre).

Herr Schneider-Bodenbender fragt nochmals nach dem Beginn der Bürgerbeteiligung und ob im Juni mit Wahl einer Betroffenenvertretung zu rechnen ist.

Herr Bausch spricht sich gegen eine Eigentümerberatung für Filialisten aus. Vielmehr sollen Projekte von Kiezbewohnern befördert werden.

Herr Baduri verweist darauf, dass Geschäftsstraßen von Laufkundschaft leben. Daher gilt es, den öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten, Verkehrsknotenpunkte auszubauen und den ÖPNV zu stärken. Er ist der Ansicht, dass der Rathausvorplatz die schmutzigste Ecke der Turmstraße darstellt.

Herr Gothe hält, angesichts der auf 8 Jahre angelegten Projektherausforderung, die Ungeduld für unbegründet. Sobald der Gebietsbeauftragte im Juli festgelegt wurde, wird mit der Bürgerbeteiligung begonnen. Die Finanzierung der Bürgerbeteiligung ist Auftragsbestandteil der Gebietsbeauftragten. Es ist zu klären, wie die projektbezogene Bürgerbeteiligung im Einzelfall erfolgt.

Auf eine Nachfrage von Frau Hilse erklärt Frau Laduch, dass eine Ausschreibung durchgeführt wurde, um ein Büro zu finden, welches die vorbereitenden Untersuchungen für die Gebiete (Turmstraße und Müllerstraße) durchführen soll. Diese Ausschreibung ist abgeschlossen und wurde von SenStadt ausgelobt, da SenStadt dies auch finanzieren und betreuen wird. Das Büro wird vom Senat ausgesucht, der Bezirk hat ein Mitspracherecht. Zur Zeit liegt noch kein Ergebnis vor. Damit der Bezirk keinen Zeitverzug erfährt, schreibt der Bezirk einen Gebietsbetreuer aus, der das Programm –Aktive Zentren- betreut. Dieser Betreuer soll nach Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen das vorliegende Ergebnis dieser Untersuchungen mit übernehmen und verarbeiten. Frau Laduch weist darauf hin, dass die Ausschreibung des Betreuers noch nicht erfolgt ist.

Frau David bezieht sich auf die Voruntersuchung der zukünftigen Sanierungsgebiete und führt aus, dass die Betroffenenvertretung für die Zeit der Voruntersuchung einzusetzen ist. Sie weist erneut darauf hin, dass die Bürger von Beginn an ein Mitspracherecht erhalten müssen, deshalb erwartet sie, dass die Betroffenenvertretungen im Juni 2009 gewählt werden. Ein Problem ist ihr hierbei nicht erkennbar.

Herr Jaath spricht sich ebenfalls dafür aus, mit den Vorbereitungsarbeiten zur Einrichtung einer Betroffenenvertretung zu beginnen.

Frau Hilse fragt nach, warum die Ausschreibung für den Gebietsbeauftragten noch nicht erfolgt ist.

Frau Laduch antwortet, dass der Senatsbeschluss für die vorbereitenden Untersuchungen am 03.03.2009 gefällt wurde. Da das Programm –Aktive Zentren- ein Baustein aus dem Rahmen –Vorbereitende Untersuchungen/Stadterneuerungskulisse- darstellt, musste das Leistungsbild erst durch vorbereitende Untersuchungen mit dem Senat abgestimmt werden. Man musste warten, bis das Gesamtkonzept feststeht.

## **zu 7.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Luisenstadt - Planungsstand und Aussicht**

### **BE: Bezirksamt**

Herr Gothe erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation. Diese Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Diedrich bezieht sich auf die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte in der Förderkulisse Stadtumbau Ost und fragt dazu nach, ob aus dem Förderprogramm Stadtumbau Ost Maßnahmen finanziert werden.

Frau Laduch antwortet, dass eine Teilfinanzierung von SenStadt realisiert wird. Weitere Teile werden vom Bezirk aus dem 39er-Titel finanziert.

Herr Bertermann fragt nach den genauen Kosten. Frau Laduch erklärt, dass die Summe erst im nächsten Ausschuss benannt werden kann, da das Verfahren erst diese Woche

abgeschlossen wurde, die Submission/Vergabestelle muss erst bestätigen.  
Herr Bertermann fragt konkret nach, ob für dieses Verfahren 60.000 Euro aus dem 39er-Titel genutzt werden.  
Frau Laduch bestätigt dies und führt ergänzend aus, dass 60.000 Euro vorsorglich im Haushalt festgelegt wurden, da die Summe, die letztendlich zur Finanzierung gebraucht wird, noch nicht bekannt war.

Herr Diedrich legt dar, dass das Programm Stadtumbau Ost ein Zusammenspiel aus Aufwertungs- und Abrissmaßnahmen darstellt. Er fragt diesbezüglich nach, ob zu erwarten ist, dass in dieser Gebietskulisse auch Abrissmaßnahmen durchgeführt werden.  
Herr Gothe legt dar, dass mit Sicherheit keine Abrissmaßnahmen erfolgen. Die bestehende soziale Infrastruktur wird perspektivisch nicht ausreichen, um die Bedarfe, die dort entstehen werden, abzudecken. Ferner ist bekannt, dass die Wohnungsbestände alle vermietet sind.

Herr Koch fragt nach einer verbindlichen Bauleitplanung.  
Herr Gothe antwortet, dass es einige Bereiche gibt, in denen dringender Handlungsbedarf besteht. Im Bereich rund um das Deutsche Architekturzentrum (DAZ) wurde bereits ein B-Plan auf den Weg gebracht, ferner wurde ein Aufstellungsbeschluss für einen Bereich des Stallschreiberblocks vorbereitet. Herr Gothe zeigt anhand einer Karte weitere Bereiche, für die ein B-Plan erfolgen soll.

### zu 7.3 **Stadtumbau West** **Aktueller Gesamtplanungsstand** **BE: Bezirksamt**

Herr Lange und Herr Gothe erläutern das erste Teilgebiet anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die Präsentation wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Frau Torka (Betroffenenrat Lehrter Straße) führt ergänzend aus, dass Kontakt zu Prof. Volker Martin (Technische Universität Cottbus) besteht. Dieser teilte mit, dass er sich innerhalb der festgelegten Zeitschiene des Gutachterverfahrens Lehrter Straße beteiligen und einen zusätzlichen Entwurf mit Hilfe von Studenten erarbeiten wird.

Herr Heine (Vertreter Lehrter Straße 11) teilt kritisch mit, dass keine der Forderung, welche die Anwohner gestellt haben, erfüllt wird. Zentraler Kern der Forderung ist der Erhalt der Kleingärten und des Grünraumes. Er legt dar, dass die Forderungen aus der Bürgerbeteiligung nicht berücksichtigt wurden.  
Ferner bezieht er sich auf die Ausgleichsflächen und führt dazu aus, dass es Wegebeziehungen gibt, welche die notwendigen Ausgleichsflächen darstellen, die der Eigentümer (Vivico) zu leisten hat. Er fragt nach, warum dies Wegebeziehungen sind, die letztendlich Brachland ausmachen und keinen ökologischen Wert aufweisen. Die ökologisch wertvollen Flächen werden hingegen nicht als Ausgleichsfläche angerechnet.  
Herr Gothe teilt dazu mit, dass es einen großen Anteil von Freiflächen gibt, welche auch benötigt werden (Herr Gothe erklärt anhand einer Karte).  
Ferner führt er aus, dass natürlich ein Großteil des Baumbestandes in der Bauphase entfallen wird. Allerdings ist es eine übliche Aufgabe zu prüfen, welcher Baumbestand im Blockinnenbereich erhalten werden kann, d.h. es muss nicht alles gefällt werden.

Auf eine Nachfrage von Herrn Bertermann erklärt Herr Gothe, dass die Gärten, die als Kleingärten verstanden werden, vom Eigentümer Bezirk verpachtet werden. Es handelt sich dabei um Anlagen, die den Regularien des Kleingartengesetzes unterliegen. Die Eisenbahnanlagen unterliegen dem nicht, die Regularien werden vom Eigentümer selbst (Vivico) formuliert. Er sieht hierfür keinen bezirklichen Handlungsbedarf.

Das zweite Teilgebiet der Thematik wird vertagt.  
Herr Gothe weist darauf hin, dass das Stadtumbau-Teilgebiet Moabit West am kommenden Montag im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit vorgestellt wird.

Die restlichen TOPs werden ebenfalls vertagt.

**zu 7.4 Sportpark Moabit**  
- Südosteingang (Alpenverein)  
- Bäderbetriebe, Wellnesstempel  
- Stand Gutachterverfahren Lehrter Straße Ost  
**BE: Bezirksamt**  
vertagt

**zu 7.5 Marx-Engel-Forum**  
**Aktueller Planungsstand**  
**BE: Bezirksamt**  
vertagt

**zu 8 Verschiedenes**

Herr Bertermann schlägt folgende Themen für die nächste Sitzung vor:

- Ordnungsmaßnahmenmittel/Vorstellung Halbjahresplanung
- Molkenmarkt (unter Einbeziehung der Senatsverwaltung)
- B-Pläne Rosenthaler Vorstadt
- Einzelhandels- und Zentrenkonzept
- Gutachterverfahren Otto-Braun-Straße
- Kolloquium Friedrichsstadt
- vertagten TOPs der heutigen Sitzung

Herr Pawlowski schlägt vor, erneut die Problematik der illegalen Bordelle in Mitte zu thematisieren. Dazu soll eine Vertreterin des LKA eingeladen werden. Frau David weist darauf hin, dieses Thema im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Herr Gothe spricht sich dafür aus, das Thema Marx-Engels-Forum in der nächsten Sitzung zu behandeln. Er weist auf die Bedeutsamkeit dieser Thematik hin.

gez. Bertermann  
Vorsitzender

gez. Sager  
Protokollantin